

Niederschrift

über die 1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, 04.12.2025 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Fabian Filatov	CDU	
Frau Sandra Wiemers	CDU	
Herr Tristan Zeitter	CDU	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Herr Carsten Wannhof	SPD	
Frau Sibylle Owsianowski	AfD	
Frau Anne Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Klaus Wockenfoth	Die Linke	Vertretung für Frau Noack
Herr Ludger Reffgen	Bürgeraktion I Piraten	Vertretung für Herrn Siedentop

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Elisabeth Abel	AWO
Frau Hilde Benninghoff-Giese	Evangelisches Kinderheim e.V.
Frau Nadine Lichtenwimmer	Kinderschutzbund e.V.
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle
Herr Olaf Schüren	Bildung ³
Frau Melanie Strobel-Hassan	GeMeinSam Mettmann Süd gUG

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda	Jugendamtselternbeirat	
Frau Kira Alida Kanditt	Jugendparlament	Vertretung für Lea Trennhaus
Herr Malte Kummetz	Evangelische Kirchengemeinde	
Frau Ute Plötzer	Vertretung Grund-, Haupt- und Förderschulen	Vertretung für Frau Gierke
Frau Julia Rücker	Amtsgericht Langenfeld	
Jürgen Scholz	Katholische Kirchengemeinde	
Frau Heike Bendorf	Kindertagespflege- personen	Vertretung für Frau von der Heiden

Gäste

Herr Michel Roever	transfer e. V.
--------------------	----------------

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Ute Piegeler	Stadt Hilden
Frau Anna Maurer	Stadt Hilden
Frau Sabine Freese	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden
Herr Marc Barnekow	Stadt Hilden
Nicole Heim	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger und Bürgerinnen sowie ggf. der beratenden Mitglieder
WP 25-30 SV 51/015
- 2 Befangenheitserklärungen
- 3 Bestellung der Schriftführung für den Jugendhilfeausschuss
WP 25-30 SV 51/004
- 4 Wahl der/des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses und dessen Stellvertreter
WP 25-30 SV 51/014
- 5 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses
WP 25-30 SV 51/013
- 6 OGS Rahmenkonzept 2030
WP 25-30 SV 40/006
- 7 Auswahl eines Familienzentrums ab dem Kindergartenjahr 2025/2026
WP 20-25 SV 40/068
- 8 Freiwilliger Betriebskostenzuschuss für den Ausbau von Betreuungsplätzen der Kita St. Elisabeth und den Betriebskosten
WP 25-30 SV 40/007
- 9 Sachstandsbericht zur offenen Kinder- und Jugendkultureinrichtung AREA
WP 25-30 SV 41/006
- 10 Kinder- und Jugendförderplan 2026-2030
WP 25-30 SV III/002
- 11 Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle im Kreis Mettmann
WP 25-30 SV 51/008
- 12 Sicherstellung der Fördermittel aus dem Landeskinderschutzgesetz zur Qualitätssicherung
WP 25-30 SV 51/009
- 13 Sachstandsbericht Stellwerk
WP 25-30 SV 51/002
- 14 Sachstandsbericht Inklusion 2025
WP 20-25 SV 51/320

- 15 Sachstand Integration
WP 25-30 SV 51/005
- 16 Sachstandbericht 2025 der Fachstellen Kinderschutz und Frühe Hilfen
WP 25-30 SV 51/010
- 17 Jahresbericht Fachstelle Prävention (Psychologische Beratungsstelle)
Rückblick 2024-2025 / Ausblick 2026
WP 25-30 SV 51/011
- 18 Anregungen und Beschwerden
- 18.1 Anregung (§ 24 GO) zum Hitzeschutzmanagement der Stadt Hilden
WP 20-25 SV 40/070
- 19 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 20 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

1. Beigeordneter Eichner eröffnete, stellvertretend für den Bürgermeister, die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Anträge, die Tagesordnung zu ändern, wurden gestellt:

TOP 22.1 „Antrag der Ratsfraktion Bürgeraktion/Piraten vom 13.11.25: Betreuungssituation im Kindergarten Karnaper Regenbogen“: Rm Reffgen/BA/PI beantragte Teile des Antrages im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten, da das Thema im öffentlichen Interesse sei.

Der Antrag der Ratsfraktion Bürgeraktion / Piraten wurde mehrheitlich abgelehnt, bei einer Ja-Stimme der Bürgeraktion/Piraten und einer Enthaltung des Evangelischen Kinderheims e.V..

TOP 10 „Sachstandsbericht zur offenen Kinder- und Jugendkultureinrichtung AREA“ und TOP 9 „Kinder- und Jugendförderplan 2026-2030“: Frau Malin Schmidt/SPE Mühle beantragte die genannten Tagesordnungspunkte zu tauschen, damit vor der Beschlussfassung des Kinder- und Jugendförderplans 2026-2030 über den Sachstand zur offenen Kinder- und Jugendkultureinrichtung AREA diskutiert werden kann.

Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag zu.

Einwohnerfragestunde

Die Antragsstellerin des Hitzeaktionsplans, Frau Gabrielle Glaser, nahm Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung, insbesondere auf die Aussage, dass es den Eltern freigestellt sei, ihre Kinder an heißen Tagen frühzeitig und flexibel aus den Einrichtungen abzuholen und dass dies rege in Anspruch genommen werde und fragte, was konkret „rege“ bedeute und wie das Angebot von den Eltern in Anspruch genommen werde.

Frau Piegeler/Verwaltung antwortete, dass es im letzten Sommer 5-6 heiße Tage gegeben habe, die teilweise schon in Urlaubszeiten einiger Familien lagen. Die Kitas waren an diesen Tagen nie sehr voll, ab 14:30 teilweise sogar so leer, dass einige kleine Häuser schon um 15 Uhr geschlossen wurden, größere Kitas wie die Arche oder die Traumquelle blieben bis 16 Uhr mit einer geringen Anzahl an Kindern geöffnet.

-
- | | | |
|---|---|--------------------|
| 1 | Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger und Bürgerinnen sowie ggf. der beratenden Mitglieder | WP 25-30 SV 51/015 |
|---|---|--------------------|
-

1. Beigeordneter Eichner verpflichtete Herrn Hirsch-Herda/Jugendamtseaternbeirat Hilden, Frau Bendorf/Kindertagespflegepersonen, Frau Rücker/Amtsgericht Langenfeld, Frau Kanditt/Jugendparlament, Frau Strobel-Hassan/GeMeinSam Mettmann Süd gUG, Herrn Schüren/Bildung³, Frau Benninghoff-Giese/Evangelisches Kinderheim e.V., Frau Schmidt/SPE Mühle, Frau Lichtenwimmer/Kinderschutzbund e.V., Frau Plötzer/Vertreterin Grund-, Haupt- und Förderschulen und Frau Abel/AWO mit folgenden Worten:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis.

-
- | | |
|---|--------------------------|
| 2 | Befangenheitserklärungen |
|---|--------------------------|
-

Für befangen erklärten sich:

Zu TOP 7: Frau Schmidt/SPE Mühle und Rm Wannhof/SPD

Zu TOP 8: Herr Jürgen Scholz/Katholische Kirchengemeinde

Zu TOP 10: Frau Schmidt/SPE Mühle und Rm Wannhof/SPD.

-
- | | | |
|---|--|--------------------|
| 3 | Bestellung der Schriftführung für den Jugendhilfeausschuss | WP 25-30 SV 51/004 |
|---|--|--------------------|
-

1. Beigeordneter Eichner bat zur Abstimmung über die Wahl der Schriftführung des Jugendhilfeausschusses.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden bestellt bis Ende der Wahlperiode 2030:

1. Frau Anna Maurer zur Schriftführerin
2. Frau Sabine Freese zur stellvertretenden Schriftführerin
3. Frau Barbara Pahlke zur stellvertretenden Schriftführerin

Folgende Schriftführerinnen werden mit der Bestellung der neuen Schriftführung abgewählt:

1. Frau Andrea Märtens, bestellt am 02.12.2020
2. Frau Sonja Weißer, bestellt am 02.12.2020
3. Frau Catharina Giesler, bestellt am 08.03.2023
4. Frau Sonja Ockenfeld, bestellt am 15.09.2023.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

4 Wahl der/des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses und
dessen Stellvertreter

WP 25-30 SV 51/014

1. Beigeordneter Eichner bat um Vorschläge für den Vorsitzenden sowie den 1. stv. Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses.

Beschlussvorschlag:

Zum/Zur Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses wird gemäß § 4 Abs. 5 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes AG-KJHG – vom 12. Dezember 1990 in der zurzeit gültigen Fassung folgendes Mitglied:

Herr/Frau zum/zur 1. Vorsitzenden

gewählt.

Zum/Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses wird gemäß § 4 Abs. 5 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes AG-KJHG – vom 12. Dezember 1990 in der zurzeit gültigen Fassung folgendes Mitglied

Herr/Frau zum/zur 1. stv. Vorsitzenden

gewählt.

Rm Zeitter/CDU schlug Rm Carsten Wannhof/SPD als Vorsitzenden vor.

Der Ausschuss sprach sich für eine öffentliche Durchführung der Abstimmung aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen, bei 1 Enthaltung (Rm Wannhof/SPD)

Rm Carsten Wannhof/SPD nahm die Wahl an und übernahm in seiner neuen Funktion als Vorsitzender die weitere Leitung der Sitzung. Des Weiteren bat er um Vorschläge für den 1. und 2. Stellvertreter des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses.

Rm Bauer/SPD schlug Rm Zeitter/CDU als 1. stv. Vorsitzenden für den Jugendhilfeausschusses vor.

Der Ausschuss sprach sich für eine öffentliche Durchführung der Abstimmung aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen, bei 2 Enthaltung (Rm Zeitter/CDU und Rm Wockenfoth/Die Linke)

Rm Bauer/SPD schlug Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen als 2. stv. Vorsitzende für den Jugendhilfeausschusses vor.

Der Ausschuss sprach sich für eine öffentliche Durchführung der Abstimmung aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen, bei 1 Enthaltung (Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen)

Die gewählten Kandidaten nahmen die Wahl an.

5 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses

WP 25-30 SV 51/013

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

6 OGS Rahmenkonzept 2030

WP 25-30 SV 40/006

Herr Michel Roever von transfer e. V. stellte sich vor und präsentierte seinen Vortrag zum Thema OGS Rahmenkonzept 2030.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich nach dem rhythmisierten Ganztage, der an einigen Hildener Schulen praktiziert werde und fragte, ob das weiterhin angestrebt sei oder ob es in Zukunft nicht mehr möglich sein werde.

Frau Piegeler/Verwaltung erklärte das System des rhythmisierten Ganztages und erläuterte die Schwierigkeit der Umsetzung. Rhythmisierung bedeute, dass der Schultag sinnvoll aufgeteilt sei und sich Unterrichtsphasen mit Kreativ- und Betreuungsangeboten abwechseln. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass an den Schulen ausreichend Lehrkräfte und pädagogisches Betreuungspersonal zur Verfügung stehe, was derzeit häufig nicht der Fall sei, es herrsche eine personelle Unterbesetzung. Hinzu komme, dass viele Lehrer in Teilzeit arbeiten und deshalb am Nachmittag kein Unterricht mehr stattfinden könne, was die Umsetzung eines durchgängig rhythmisierten Ganztages zusätzlich erschwere.

Herr Hirsch-Herda/Jugendamtseaternbeirat Hilden erkundigte sich, ob im Zuge der Beschaffung von zusätzlichem Personal mit Mehrkosten bzw. einer Erhöhung der Beiträge für Familien zu rechnen sei.

Die Verwaltung entgegnete, dass dieses Thema voraussichtlich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2026 aufgegriffen und anschließend im nächsten Fachausschuss politisch beraten werde.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen interessierte, wie die Erledigung der Hausaufgaben zukünftig geplant und wie ein „Pädagogisches Mittagessen“ möglich sei, wenn nicht alle Kinder am Mittagstisch teilnehmen oder teilnehmen können, weil die Familien es nicht finanzieren können oder wollen.

Frau Piegeler/Verwaltung erwiderte, dass die Verwaltung als Träger der Betreuung keinen Einfluss auf die verschiedenen Hausaufgabenkonzepte der jeweiligen Schulen habe, das obliege mehr der Zuständigkeit der Schule, als des Trägers der Betreuung. Die Verwaltung biete lediglich eine Hausaufgabenbetreuung gemeinsam mit der Schule an. Wenn das von der Schule gewünscht wird, werde die Verwaltung den Kindern die Möglichkeit bieten, Hausaufgaben angemessen, unter Aufsicht und in ruhigen Räumen, machen zu können. Sie erklärte weiterhin, dass der „Pädagogische Mittagstisch“ ein fester Bestandteil aller OGS-Einrichtungen sei. Es gebe verschiedene Mittel und

Fördertöpfe, aus denen Familien profitieren können, zudem bliebe immer Essen übrig, das an Kinder weitergegeben werden könne, somit sei die Essensversorgung sichergestellt.

Rm Bauer/SPD fragte beziehend auf die Schullandschaft im Hildener Süden, ob diese überarbeitet werden müsse und, ob bzw. wann und wie es einen Ausblick dazu gebe.

Frau Piegeler/Verwaltung erklärte, dass die Verwaltung zwar Ideen habe, aber keine finanziellen Mittel, weil es aktuell andere schwerwiegendere Situationen an anderen Schulstandorten in Hilden gebe.

Rm Zeitter/CDU erkundigte sich nach dem konkreten Mehrpersonalbedarf bis zum Jahr 2030 und der Größe der bestehenden Personallücke. Zudem fragte er, ob bis dahin bauliche Maßnahmen erforderlich seien und mit welchen jährlichen Mehrkosten im Zusammenhang mit Inklusion und Rhythmisierung, wie im Konzept beschrieben, zu rechnen sei. Abschließend wollte er wissen, in welcher Form Hildener Vereine in den offenen Ganzttag eingebunden seien.

Die Verwaltung erläuterte, dass in Hildener Schulen bereits heute eine sehr hohe Betreuungsquote der Kinder bestehe. Bis zu 90 % aller Hildener Kinder nehmen das Angebot der OGS, VGS oder VGS+ in Anspruch. Aufgrund der weiterhin hohen Nachfrage sei in den kommenden Jahren davon auszugehen, dass jährlich jeweils etwa zwei zusätzliche Gruppen benötigt werden. Der Personalschlüssel pro Gruppe werde jedoch vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation bis zum Jahr 2030 unverändert bleiben. Beziehend auf die Frage, inwieweit Vereine in den offenen Ganzttag eingebunden werden, wurde darauf hingewiesen, dass die Umsetzung zusätzlicher Bewegungsangebote derzeit schwierig sei. Zwar stehen hierzu finanzielle Mittel zur Verfügung, jedoch fehle es an geeigneten Fach- bzw. Honorarkräften, die bereit und verfügbar wären, zeitlich befristete Angebote am Nachmittag, insbesondere zwischen 14 und 16 Uhr, zu übernehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden

- nimmt, nach Vorberatung im JHA, das Rahmenkonzept „OGS 2030“ zur Kenntnis,
- beschließt die darin enthaltenen Grundsätze als verbindliche Handlungs- und Planungsgrundlage für die Weiterentwicklung der Offenen Ganzttagsschule in städtischer Trägerschaft,
- beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung des Rahmenkonzepts in enger Abstimmung mit den Schulleitungen, den pädagogischen Fachkräften sowie den relevanten Kooperationspartnern fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, bei 1 Nein-Stimme der AfD Fraktion.

Aufgrund der Befangenheit des Vorsitzenden Rm Wannhof/SPD, übernahm Rm Zeitter/CDU die Leitung der Sitzung für diesen TOP.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bewerbung der Kindertageseinrichtung „Nordlichter“ des Trägers SPE Mühle Kita gGmbH um das „Gütesiegel Familienzentrum Nordrhein-Westfalen“.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW entsprechend zu informieren und die Fördermittel zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Beteiligung von Rm Wannhof/SPD und Frau Schmidt/SPE Mühle wegen Befangenheit.

Rm Zeitter/CDU wollte wissen wie die Verwaltung sicherstellen wolle, dass der Zeitplan bis Sommer 2026 eingehalten werde, insbesondere bei der üblichen Bauverzögerung. Des Weiteren interessiere ihn welche Auswirkung eine Nichtbewilligung der LVR-Mittel auf die städtische Haushaltslage hätte.

Frau Piegeler/Verwaltung führte aus, dass die investiven Mittel ab 2025 im Haushaltsplan eingeplant und für die Haushaltsberatungen für 2026 vorgesehen seien. Die Kita St. Josef werde zwar geschlossen, dennoch erfolge eine geeignete Betreuung der Kinder während der Baumaßnahmen übergangsweise noch in der Kita St. Josef. Die Bewilligung der LVR-Mittel in Höhe 270.000 € sei noch offen, sodass ein finanzielles Risiko bestehe. Bisher waren jedoch alle Zuschussanträge erfolgreich. Zudem wurden die Förderprogramme verlängert, sodass auch im kommenden Jahr weitere Fördermöglichkeiten bestehen. Die Verwaltung zeigte sich hinsichtlich einer Bewilligung zuversichtlich.

1. Beigeordneter Eichner erläuterte auf Rückfrage der AfD-Fraktion, dass im Falle einer Haushaltssicherung auch Verträge gekürzt werden können und sämtliche freiwilligen Leistungen, einschließlich der Zuschüsse im Kita- und Betreuungsbereich, Gegenstand politischer Beratungen seien.

Rm Zeitter/CDU beantragte im Beschlussvorschlag den Begriff „Betriebszuschuss“ durch „Baukostenzuschuss“ zu ersetzen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

1. Dem Träger der Kita „St. Elisabeth“ den Ausbau der Kindertageseinrichtung um eine weitere Gruppe zu ermöglichen und dies mit einem freiwilligen Betriebskostenzuschuss in Höhe ca. 300.000 € zu finanzieren. Die Mittel für 2026 werden vorzeitig freigegeben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sonderfinanzierungsvertrag (freiwilliger Betriebskostenzuschuss) auszuhandeln. Dieser umfasst die Übernahme des Trägeranteils (1/3 von 10,30 % = 3,43 % = rd. 28.400 € jährlich, Stand 01.08.2025) für die neue Gruppe in der Kita St. Elisabeth zu den anerkannten Betriebskosten nach dem Kinderbildungsgesetz und gilt für die Dauer der Trägerschaft.

Geänderter Beschlussvorschlag (Änderungen kursiv dargestellt):

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

1. Dem Träger der Kita „St. Elisabeth“ den Ausbau der Kindertageseinrichtung um eine weitere Gruppe zu ermöglichen und dies mit einem freiwilligen *Baukostenzuschuss* in Höhe ca. 300.000 € zu finanzieren. Die Mittel für 2026 werden vorzeitig freigegeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sonderfinanzierungsvertrag (freiwilliger *Baukostenzuschuss*) auszuhandeln. Dieser umfasst die Übernahme des Trägeranteils (1/3 von 10,30 % = 3,43 % = rd. 28.400 € jährlich, Stand 01.08.2025) für die neue Gruppe in der Kita St. Elisabeth zu den anerkannten *Baukosten* nach dem Kinderbildungsgesetz und gilt für die Dauer der Trägerschaft.

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen.

Frau Schmidt/SPE Mühle wies darauf hin, dass laut Sitzungsvorlage das AREA derzeit nicht ausgelastet sei, was mit der Schließung der Theodor-Heuss-Schule begründet werde und fragte nach der Auslastung vor deren Schließung. Zudem stellte sie fest, dass die Reduzierung des Offenen Treffs von drei auf zwei Tage im Jugendförderplan 2026 bereits vorgesehen sei und betonte die besondere Bedeutung der Einrichtung für den Sozialraum.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass aus der Zeit vor der Schließung keine belastbaren Besucherzahlen vorlägen und, dass das Area künftig einen Schwerpunkt der Jugendkulturarbeit haben werde.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen berichtete von einer Veranstaltung Anfang November 25 im Area 51 mit reger Beteiligung Jugendlicher, die ihre Ideen engagiert eingebracht hätten. Sie kritisierte, dass diese Beiträge nicht in das Konzept eingeflossen seien und die Jugendlichen zudem eine bislang nicht gelungene Zusammenarbeit mit der kulturpädagogischen Fachkraft bemängelt hätten.

1. Beigeordneter Eichner erwiderte, dass das Area schon immer eine Kinder- und Jugendeinrichtung mit kulturellem Schwerpunkt gewesen sei. Der Offene Treff habe sich im Laufe der Zeit entwickelt und werde nun durch offene Angebote ergänzt. Das Angebot richte sich nicht nur nach der Nachfrage, der Umfang und die Ausgestaltung orientieren sich auch an den zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten.

Herr Schüren/Bildung³ äußerte die Sorge, dass der Offene Treff durch ein reines Jugendkulturangebot ersetzt werde. Laut Planung der Verwaltung sei im Area keine sozialpädagogische Fachkraft vorhanden.

Die CDU- Fraktion stellte klar, dass ein Offener Treff und die Jugendarbeit von Beginn an feste Bestandteile des Area 51 gewesen seien und im letzten Kulturausschuss der Erhalt von drei Tagen

Offenen Treffs beschlossen worden sei. Sie kritisierte das fehlende Protokoll des Workshops und betonte die Wichtigkeit, die Bedürfnisse der Jugendlichen ernst zu nehmen.

Rm Reffgen/BA/PI schloss sich der Aussage der CDU-Fraktion an, hob hervor, dass Jugendliche aktiv abgeholt werden müssen und sprach sich dafür aus, trotz begrenzter Mittel kreative Lösungen zu finden. Er bedauerte die Reduzierung des Offenen Treffs und die geplante Verlagerung zugunsten von Kulturangeboten.

Die SPD-Fraktion teilte die Auffassung der Vorredner, erklärte ihr fehlendes Einverständnis mit dem vorliegenden Konzept und bat um die Aushändigung des Protokolls bzw. Fotoprotokolls des Workshops.

Der Jugendhilfeausschuss nahm Kenntnis von dem Bericht der Verwaltung.

10 Kinder- und Jugendförderplan 2026-2030

WP 25-30 SV III/002

Die SPD- Fraktion beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Der Ausschuss stimmte der Vertagung zu.

11 Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle im Kreis Mettmann

WP 25-30 SV 51/008

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, im Hauptausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle der kreisangehörigen Städte im Kreis Mettmann beizutreten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

12 Sicherstellung der Fördermittel aus dem
Landeskinderschutzgesetz zur Qualitätssicherung

WP 25-30 SV 51/009

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen bat die Verwaltung um Erläuterung der genauen prozentualen Verteilung. Insbesondere was wo genau wegfalle und was hinzukomme. Des Weiteren wollte sie wissen, ob weniger Personal eingesetzt werde und ob dies zulässig sei.

Die Verwaltung erläuterte, dass die Aufteilung der Landesmittel den Kommunen obliege. Bisher wurden mit der Landesförderung Personalkosten refinanziert und aus den Sachmitteln die Kinderschutzkonferenz, Fortbildungen und spezielle Qualifizierungsmaßnahmen finanziert. Da die Förderung nicht dynamisch sei, werden daraus in Folge steigende Personalkosten finanziert, wodurch weniger Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen der operativen Ebene zur Verfügung stehen. Der Beschlussvorschlag sehe daher vor, künftig 15% der Landeszuwendungen verbindlich als Sachmittel zu bündeln, um die operative Arbeit sicher stellen zu können, der Rest gehe in die Personalkostendeckung der bereits vorhandenen Stellen; die Stellen werden nicht reduziert.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden beschließt, dass 15% der jährlichen Zuwendungen im Rahmen des Landeskinderschutzgesetzes zur Qualitätssicherung für präventive Maßnahmen und Projekte im Rahmen der Netzwerkkoordination Kinderschutz aufgewendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Abwesenheit von Rm Reffgen.

Rm Zeitter/CDU fragte, ob die Verlagerung des Asylbereichs in das Stellwerk zu Qualitätsverlusten in der Hilfe- und Familienberatung geführt habe, ob die Mehrbelastung personell leistbar sei und ob es bereits Erfolgsmessungen zur zusätzlichen JuPa-Gruppe (Gruppe für junge Väter) gebe.

Frau Voß/Verwaltung erläuterte, dass im Asylbereich bisher fünf Stunden unbesetzt gewesen seien, die nun im Stellwerk angesiedelt wurden, ohne zusätzliche Mehrbelastung zu verursachen. Die Beratungen finden nun gebündelt an einem Standort statt. Die JuPa-Gruppe sei erfolgreich, ausgelastet und werde weiter fortgeführt. Die Stelle der Aktivierung werde über den Kreis finanziert und derzeit geprüft; sie sei aktuell unbesetzt. Die Aufgaben werden teilweise durch Mitarbeitende der Familienberatung sowie anteilig durch eine Kollegin im Bereich der Seniorenarbeit übernommen, können jedoch nicht vollständig aufgefangen werden.

Auf die Nachfrage zu Sprechzeiten wurde erläutert, dass das Stellwerk als offene erste Anlaufstelle für alle Anliegen konzipiert sei und eine organisatorische Trennung der Bereiche gewährleistet werde. Das bestehende Seniorenbüro sei mit dem Personal ins Stellwerk verlagert worden. Im Seniorenbüro stehen 1,5 Vollzeitstellen im operativen Bereich zur Verfügung. Es bestehen feste Sprechzeiten, die überwiegend nach Terminvereinbarung wahrgenommen werden. Aufgrund von Teilzeitbeschäftigung ist nicht immer Fachpersonal vor Ort; in diesen Fällen stehen andere Mitarbeitende des Stellwerks als Ansprechpartner zur Verfügung, um zu helfen bzw. Termine zu vergeben. Durch diese Bündelung sei die tägliche Erreichbarkeit gewährleistet.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Jahresbericht des Sachgebiets Stellwerk zu Kenntnis.

Die CDU-Fraktion begrüßte die Neubesetzung der Stelle Inklusionsfachberatung und fragte nach der Evaluation der Wirksamkeit über die Fallzahlen hinaus sowie nach konkreten Zielsetzungen für 2026.

Frau Voß/Verwaltung erläuterte, dass die Stelle seit Mai besetzt sei und der Schwerpunkt derzeit auf Netzwerkarbeit liege. Die Kennzahlen seien festgelegt und werden im Sachstandsbericht im kommenden Jahr dem Ausschuss vorgelegt. Der Fokus liege insbesondere auf jungen Menschen beim Übergang von Schule in Ausbildung und oder in Arbeit, eine erste Kooperation mit der Marie-Colinet-Sekundarschule bestehe bereits.

Rm Bauer/SPD fiel auf, dass in der Beschlusskontrolle des Maßnahmenkatalogs nach einige Ampeln auf „gelb“ und „rot“ gesetzt seien und Bemerkungen fehlen. Sie bat die Verwaltung um Einschätzungen.

Frau Voß/Verwaltung kündigte die Neueinrichtung einer AG durch die Inklusionsberatung mit Unterstützung der städtischen Träger und Institutionen an. Die AG werde den Maßnahmenkatalog weiterverfolgen, welcher dann in den Aktionsplan Inklusion zur weiteren Überprüfung und Bearbeitung einfließen werde. Der Auftrag hierzu wurde bereits im Sozialausschuss beschlossen.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen wollte wissen, welche Maßnahmen die Stadt als Arbeitgeber ergreife, um mehr Menschen mit Behinderung zu beschäftigen und wie die Ergebnisse bewertet werden.

1. Beigeordneter Eichner führte aus, dass Inklusion ein fortlaufender Prozess sei. Er verwies auf vorangegangene Beratungen im Hauptausschuss und im Rat und berichtete von einem ersten Arbeitsgruppentreffen unter Beteiligung der Dezernate II und III mit Aufgabenverteilung. Als erster Schritt sei der Einstieg über Praktikumsplätze in der Stadtverwaltung vorgesehen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht Inklusion 2025 zur Kenntnis.

15 Sachstand Integration

WP 25-30 SV 51/005

Auf diverse Rückfragen aus dem Ausschuss erläuterte die Verwaltung, dass das Projekt Wir2 zum Job erfolgreich sei. Zum Fitnessraum in der Fortsbachstraße wurde mitgeteilt, dass dieser geöffnet sei und regelmäßig genutzt werde, überwiegend von männlichen erwachsenen Bewohnern. Eine Anleitung sei im Regelbetrieb nicht erforderlich; Kontrollen erfolgen durch zuständige Sozialarbeiter*innen. In den Schulferien wurden Sonderaktionen für Frauen und Kinder durchgeführt, weitere Aktionen seien für die Osterferien 2026 geplant. Der Lauftreff werde seit Mai 2025 für volljährige Bewohner*innen aller Unterkünfte angeboten. Die Bewerbung erfolgte über Aushänge, Flyer und persönliche Ansprache. Zur Erhöhung der Attraktivität und Niedrigschwelligkeit begleiteten auch Sozialarbeiterinnen das Angebot. Die Teilnahme sei zuletzt gering gewesen, weshalb eine erneute, gezielte Bewerbung für das kommende Jahr vorgesehen sei. Der Frauentreff starte im Januar 2026 in der Hegelstraße mit zwei Terminen pro Monat. Geplant sei ein wechselndes Programm, Kinderbetreuung sei vormittags über Kita und Schule sowie nachmittags ergänzend vorgesehen. Zur Frage nach der langfristigen Integration seit 2015 führte die Verwaltung aus, dass Integration ein individueller, langfristiger und wechselseitiger Prozess sei, der nur eingeschränkt messbar sei. Zwar existieren einzelne Indikatoren, jedoch lägen der Verwaltung meist nur punktuelle Daten aus begrenzten Zuständigkeitszeiträumen vor. Eine systematische, langfristige Erfassung und Bewertung von Integrationsverläufen sei daher nicht möglich.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

16 Sachstandsbericht 2025 der Fachstellen Kinderschutz und Frühe Hilfen

WP 25-30 SV 51/010

Auf Nachfragen der CDU-Fraktion erläuterte die Verwaltung, dass der Anstieg ausschließlich auf interne Kinderschutzberatungen für Fachkräfte aus Kitas und Schulen zurückzuführen sei, um frühzeitiges Handeln zu ermöglichen; es sei kein öffentliches Angebot.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob das Angebot der Familienhebammen den Bedarf in Hilden abdecke. Die Verwaltung bestätigte dies derzeit und verwies auf funktionierende Angebote wie das Café BeKi, weist jedoch auf begrenzte finanzielle Mittel hin.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden nahm den Sachstandsbericht der Fachstellen Kinderschutz und Frühe Hilfen für das Jahr 2025 zur Kenntnis.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Jahresbericht der Präventionsstelle (Psychologische Beratungsstelle) Rückblick 2024-2025 / Ausblick 2026 zur Kenntnis.

18 Anregungen und Beschwerden

18.1 Anregung (§ 24 GO) zum Hitzeschutzmanagement der Stadt
Hilden

WP 20-25 SV 40/070

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen sprach die klimabedingt problematische Bausubstanz von Schulen und Kitas an und fragte nach einer Bestandserhebung sowie nach vorgesehenen Haushaltsmitteln für notwendige Nachrüstungen, insbesondere zur Sanierung von Gebäuden und Verschattung von Außenflächen. Die Verwaltung teilte mit, dass ein fortlaufender Austausch zwischen den Nutzern der Gebäude und dem zuständigen Amt 26 bestehe. Konkrete Angaben zu Kosten oder Haushaltsansätzen konnten derzeit nicht gemacht werden.

Rm Reffgen/BA/PI äußerte deutliche Kritik an der Stellungnahme der Verwaltung. Regelmäßige Temperaturmessungen werden als geeignet angesehen, um Hitze-Hotspots zu identifizieren und gezielt Verbesserungen vorzunehmen. Die pauschale Ablehnung solcher Messungen mit Verweis auf zusätzlichen Arbeitsaufwand wird als nicht überzeugend bewertet, insbesondere vor dem Hintergrund moderner digitaler Thermometer.

Antragstext:

Betreff: Anregung (§ 24 GO) zum Hitzeschutzmanagement der Stadt Hilden

Sehr geehrter Herr Pommer, sehr geehrte Damen und Herren,

mein Anliegen ist es, die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Kinder in den Kindergärten und Schulen zu schützen.

Von daher hatte ich bereits am 05.09.2024 im Umweltausschuss nachgefragt, ob in den Einrichtungen der Stadt regelmäßig Temperaturmessungen in den Räumen und im Außengelände stattfinden (siehe Sitzungsprotokoll).

Gestern war mit ca. 38 Grad im Schatten der bisher heißeste Tag des Jahres. Viele Kinder waren bis 16.00 Uhr in Betreuung von Kindergarten und Schule. Auch wenn es in den Schulen Hitzefrei gab, waren die Kinder danach in der Betreuung.

Hiermit rege ich erneut an, dass die Stadtverwaltung, in Sommermonaten als auch bei angekündigten hohen Temperaturen regelmäßig die Temperatur in den Einrichtungen sowie im Außenbereich und auf Schulhöfen abfragt. Besonders in Zeiten zunehmender Hitzetage ist es wichtig, stets über die aktuellen Temperaturen informiert zu sein, um bei hohen Temperaturen geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Da Kinder heute oft bis 16 Uhr in den Einrichtungen verweilen, ist eine kontinuierliche Überwachung der Temperaturen unerlässlich, um Überhitzung und gesundheitliche Risiken zu vermeiden.

Des Weiteren rege ich an, dass die Stadt als Träger auch im Vorfeld geeignete Maßnahmen ergreift, um bei Hitze die Kinder vor solcher zu schützen, die Sicherheit und das Wohlbefinden der Kinder sollte auch bei hohen Temperaturen gewährleistet sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement für das Wohlergehen unserer Kinder.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Glaser

Begründung:

Gestern war es mit ca. 38 Grad im Schatten der bisher heißeste Tag des Jahres. Viele Kinder waren bis 16.00 Uhr in Betreuung von Kindergarten und Schule. Auch wenn es an den Schulen hitzefrei gab, waren Kinder danach in der Betreuung.

Besonders in Zeiten zunehmender Hitzetage ist es wichtig, stets über die aktuellen Temperaturen informiert zu sein, um bei hohen Temperaturen geeignete Maßnahmen zu treffen.

Da Kinder heute oft bis 16.00 Uhr in den Einrichtungen verweilen, ist eine kontinuierliche Überwachung der Temperaturen unerlässlich, um Überhitzung und gesundheitliche Risiken zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei insgesamt 5 Ja-Stimmen der SPE Mühle, der Bürgeraktion/Piraten, des Evangelischen Kinderheims e.V., der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke und insgesamt 8 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD Fraktion, der AfD, der AWO und des Trägers GeMeinSam Mettmann Süd gUG und einer Enthaltung des Trägers Bildung³.

Der Kinderschutzbund e.V. war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend.

19 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Das OGS Rahmenkonzept liege zwar digital vor, die Verwaltung verfüge jedoch auch über eine zusätzliche Ausfertigung in Papierform, die mitgenommen werden könne. Außerdem verwies die Verwaltung auf die Auflage des Handbuches für Arbeitsbedingungen im Jugendhilfeausschuss, diese könne bei Herrn Schatte abgeholt werden. Zudem wurde auf kostenfreie Online-Fortbildungen des LVR hingewiesen, die Verwaltung bat um rege Teilnahme. Es handle sich um eine dreiteilige Veranstaltungsreihe am 13.01., 20.01., und 28.01.26. Die Anmeldung ist kostenfrei und über die Webseite des LVR möglich.

20 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Auf Nachfrage von Rm Zeitter teilte die Verwaltung mit, dass die Stelle des JuPa derzeit noch nicht besetzt sei. Zwei Ausschreibungsverfahren waren erfolglos; eine Neuausschreibung sei vorgesehen. Ziel ist die Besetzung der Stelle mit einer Fachkraft im kommenden Jahr.

Ende der Sitzung: 19:36 Uhr

Gez. Carsten Wannhof / Datum
Vorsitzender

Anna Maurer / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
1. Beigeordneter